



Neue Friedenspolitik

Adressat

Der Landesparteitag möge folgenden Antrag beschließen und an die Bundesgremien weiterleiten.

Antrag

Die Bundesregierung und der Bundestag, müssen mit unseren Nato-Partnern und den möglichen Konfliktpartnern Russland und China wieder in Abrüstungsverhandlungen treten. Hier müssen die Sozialdemokraten wieder eine führende Rolle, wie damals Willy Brand und Egon Bahr bei den Ost-Verträgen mit „Wandel durch Annäherung“, übernehmen!

Begründung

Mit der Auflösung des Warschauer Vertrages von 1991 wurde das Ende des kalten Krieges besiegelt. Danach wurden viele Verträge und Abkommen zwischen den ehemaligen Kontrahenten des Kalten Krieges geschlossen, die glücklicher Weise u.a. die Wiedervereinigung von Deutschland zur Folge hatten. Man konnte meinen, dies sei der Beginn eines langanhaltenden Weltfriedens. Doch mit Putin, Busch jr., Trump, Xi Jinping und Erdogan wurde die Friedensordnung der Welt empfindlich gestört. Nichteinhaltung und Aufkündigung von Abrüstungsverträgen, die geografische Ausdehnung der Nato nach Osten sowie der islamistische Terrorismus sind die Ursachen von gravierenden Auswirkungen in der Weltordnung! Wir als BRD müssen aufpassen, dass wir nicht, mit unseren Bestrebungen dem 2%-Ziel der Nato nachzukommen, einen Beitrag zur Destabilisierung leisten. Insbesondere, wenn es um Kampfjets aus den USA geht, mit der Fähigkeit atomare Waffensysteme zu tragen!

Vorstand der AG 60plus-RLP

Mainz, 30.11.2020